



## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 19. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Legislaturperiode 2000-2004)

---

Sitzungsdatum: Mittwoch, 15. Mai 2002  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.20 Uhr

---

#### **Präsenz**

Einwohnerrat: Vorsitz Beat Meyer-Zehnder, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin  
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident  
Dr. Leo Zehnder  
Roman Meury  
Paul Schüpbach  
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)  
Christine Faber, Auszubildende 1. Lehrjahr

Gäste: ---

Entschuldigt: Thomas Bartlome  
Niklaus Burren  
Karl Frei-Cavelti  
Peter Humbel-Schiess  
Mathilde Oppliger  
Claudia Piatti  
Ursula Pozivil-Pfister  
Gabriela Spinnler  
Beatrice Fuchs, Gemeinderätin

Abwesend: ---

---

#### **Bereinigte Traktandenliste**

1. Bericht des Gemeinderates betreffend  
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 3'000'000 für die Renovation  
und Erweiterung des Alterszentrum ‚Am Bachgraben‘ Allschwil / Schönenbuch  
sowie  
Bewilligung eines Finanzierungskredites von jährlich CHF 270'000  
auf die Dauer von 15 Jahren für die Beschaffung (Verzinsung und Amorti-

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. Mai 2002

- |   |               |
|---|---------------|
| sationen) des erforderlichen Restkredites in Höhe von CHF 3'400'000   | Geschäft 3343 |
| 2. Bericht des Gemeinderates betreffend<br>Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 90'000<br>für die Durchführung eines Architekturwettbewerbes über das Areal<br>„d'Aujourd'hui (Baslerstrasse 63)“ (Doppelkindergarten und Wohnen) | Geschäft 3346 |
| 3. Bericht des Gemeinderates betreffend<br>Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 250'000<br>für die Durchführung eines Architekturwettbewerbes über das Areal<br>"Wegmatten II" (Dienstleistungen und Wohnen)                      | Geschäft 3345 |

Nach der Pause:  
- FRAGESTUNDE

---

**Die Protokollführerin**

Christine Graf

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 19 vom 15. Mai 2002**

**://:** Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Beat Meyer-Zehnder

---

## **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

Der Vorsitzende **Beat Meyer-Zehnder** begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen:

- Beschwerde von G. Beretta und Kons., Allschwil, zum Einwohnerratsbesch vom 12.12.2001 betreffend Budgetpostulat „Fluglärmbekämpfung“, Budget-Position 780-301: Der abweisende Entscheid des Regierungsrates liegt vor (Kopie an sämtliche Ratsmitglieder). Die Erwägungen des Regierungsrates sind interessant im Zusammenhang mit allfälligen künftigen Fragen zum selben Thema.
- Beschwerde des Gemeinderates zum Beschluss des Einwohnerrates zur Plafonierung des Personalbestandes: Das Büro des Einwohnerrates ist aufgefordert, sich bis 30. Juni 2002 vernehmen zu lassen. Das Büro wird die Stellungnahme anlässlich seiner Sitzung vom 27.5.2002 vorbereiten.

## **Traktandenliste**

Der Vorsitzende **Beat Meyer-Zehnder** stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

**://:**

Die Traktandenliste wird stillschweigend gutgeheissen.

## **Neue parlamentarische Vorstösse**

Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Einbeziehen weiterer interessierter Kreise und Vereine in die strategische Weiterentwicklung der Gemeinde Allschwil, Geschäft 3347

Der Postulant verzichtet auf mündliche Erläuterung des Vorstosses.

## **Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder**

---

**1. Bericht des Gemeinderates betreffend  
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 3'000'000 für die  
Renovation und Erweiterung des Alterszentrum ‚Am Bachgraben‘  
Allschwil / Schönenbuch  
sowie  
Bewilligung eines Finanzierungskredites von jährlich CHF 270'000  
auf die Dauer von 15 Jahren für die Beschaffung (Verzinsung und  
Amortisationen) des erforderlichen Restkredites in Höhe von CHF  
3'400'000, Geschäft 3343**

---

*Der schriftliche Bericht 3343 bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.*

Departementsvorsteher Soziale Dienste/Gesundheit, **Dr. Anton Lauber:**

Entgegen den Behauptungen, es würden Sozialleistungen abgebaut, und trotz der notwendigen Sparmassnahmen bezüglich Gemeindefinanzen ist Allschwil bereit, ein grosses Projekt in diesem Bereich zu realisieren. Die rasche Erarbeitung des Berichtes 3343 zeigt, dass das Projekt „Renovation und Erweiterung Alterszentrum Am Bachgraben“ vom Gemeinderat prioritär verfolgt wird. Gleichzeitig besteht für die Gemeinde ein gesetzlicher Auftrag, dieses Vorhaben zu realisieren, weil die neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden die Altersbetreuung, insbesondere die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl Plätze in Alters- und Pflegeheimen, an die Gemeinden delegiert.

Der Handlungsspielraum in diesem Bereich ist sehr klein. Basis des Berichtes 3343 bilden das Alters- und Pflegeheim-Dekret sowie die Investitionsverordnung für Alters- und Pflegeheime, die Richtlinien zur Erstellung und Errichtung von Alters- und Pflegeheimen und die Beitragsverordnung für Gemeinde-Alters- und Pflegeheime (Beilage 1). Der Projektierungsverlauf ist in 3 Phasen detailliert vorgeschrieben (Beilage 2). Ganz massgeblich ist der Kontrollmechanismus; sämtliche angemeldeten Projekte werden vom Kanton auf ihre Wirtschaftlichkeit hin geprüft. Zuständig dafür ist das kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA), welches auch für das Allschwiler Projekt das OK erteilt hat.

Eine zentrale Frage betrifft das Bedürfnis für die Erweiterung des Alterszentrums Am Bachgraben. Unterlagen betreffend die demografische Entwicklung der Allschwiler Bevölkerung liegen dem gemeinderätlichen Bericht 3343 bei: Die BAP-Studie (Verband gemeinnütziger Baselbieter Alters- und Pflegeheime) geht davon aus, dass die Gemeinde Allschwil bis ins Jahr 2020 eine Bedarfszunahme an Pflegeplätzen um 100 % haben wird, wobei es sich um eine Schätzung handelt. Bereits sicher ist, dass die Anzahl Hochbetagter in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Per 31.12.2001 wies die Warteliste 26 Personen aus, die in Allschwil dringend auf einen Alters- oder Pflegeheimplatz warteten. Weitere 50 Personen sind an einem Pflegeplatz in Allschwil interessiert. Diese Zahlen verdeutlichen den Bedarf für eine Aufstockung der Pflegeplätze in Allschwil. Das vorliegende Projekt plant zusätzliche 49 Plätze, was einem neuen Bestand an Pflegebetten von 199 entsprechen würde.

Die Realisierung wurde vom Stiftungsrat des Alterszentrums, gleichzeitig auch Bauherrschaft, bereits in Angriff genommen; Details dazu sind im Bericht 3343 aufgeführt. Der Ausführungsstandard entspricht den Anforderungen der heutigen Zeit (Einzelzimmer etc.) und trägt dem Umstand Rechnung, dass die meisten Personen beim Heim-Eintritt bereits pflegebedürftig sind.

Beantwortung der schriftlichen Fragen der FDP-Fraktion (Beilage 3):

**1. Finanzierung**

Die Projekt-Finanzierung wird im Bericht 3343, Seite 6, im Detail erläutert. Die Gesamtkosten betragen CHF 25 Mio. Gemäss Alters- und Pflegeheimdekret beteiligt sich der Kanton Basellandschaft mit ca. 45 % an den beitragsberechtigten Baukosten (Definition gemäss kantonale Gesetzessammlung 854.11, Investitionsverordnung, Anhang 5).

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. Mai 2002

Gemäss Vorprojekt liegen die geschätzten Kosten in einem Genauigkeitsrahmen von +/- 20 %. Die Bauherrschaft geht davon aus, dass der Bau eher kostengünstiger wird. Der Kostenverteiler wird sich nicht ändern.

#### *Leistungen der Gemeinde Allschwil*

Der Investitionsbeitrag beträgt CHF 3 Mio. Dieser Betrag wird in Etappen über 15 Jahre abbezahlt. Pro Jahr wird damit die laufende Rechnung der Gemeinde mit CHF 270'000 belastet. Diese Finanzierungsvariante hat sich unter Einbezug aller Kriterien als die günstigste erwiesen.

#### *Beteiligung Gemeinde Schönenbuch?*

Schönenbuch beteiligt sich an den Kosten im Verhältnis zur Einwohnerzahl der Gemeinde.

**Dr. Leo Zehnder**, Departementsvorsteher Finanzen:

#### *Auswirkungen auf den Finanzplan?*

Der überarbeitete Finanzplan der Einwohnerkasse für die Jahre 2003 –2007 (Geschäft 3295A) ist bereit und wird dem Einwohnerrat zusammen mit der Rechnung pro 2001 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Bei der Investitionsplanung für die Jahre 2003-2007 hat der Gemeinderat den Schwerpunkt auf zwei Vorhaben gesetzt: 1. Alterszentrum; 2. Hochwasserschutz.

Leo Zehnder präsentiert die Zahlen der Rubrik „Zusammenfassung Sachbereiche“ (Beilage 4) aus dem aktuellen Finanzplan. Die wichtigsten Änderungen: Im Investitionsbereich sind CHF 8 Mio. weniger Investitionen geplant. Diese Massnahme hat Auswirkungen auf die Positionen 32, Passivzinsen, und 33, ordentliche Abschreibungen. Der Plafond für den Sachaufwand wurde um CHF 200'000 auf CHF 8 Mio. gesenkt. Bei den Einnahmen wurden die Steuereinnahmen um jährlich 1 - 1,3 Mio. gesenkt. Die Annuitäten ex Sekundar-Schulhäuser fallen ab 2003 ebenfalls weg, weil diese Bauten in den Besitz des Kantons BL übergehen. Erstmals wurden in den Investitionsplan auch Landverkäufe aufgenommen.

In den Positionen 32, Passivzinsen, und 33, ordentliche Abschreibungen, sowie 36, Beiträge, ist die Investition in das Alterszentrum Am Bachgraben bereits berücksichtigt (Beilagen 5-8).

**Dr. Anton Lauber**, Departementsvorsteher Soziale Dienste/Gesundheit:

#### **2. Änderung Bau- und Strassenlinienplan/Standort**

##### *Standort Bereich Dürrenmattweg/Muesmattweg?*

Bei einer Erweiterung an diesem Standort würden zwei Zonen aufeinandertreffen, nämlich W3 (bis 12 m hoch bebaubar) und OeW (bis 20 m hoch bebaubar). Von Gesetzes wegen ist dort eine Übergangszone vorgesehen, welche eine Bauhöhe von 15 m definiert. Müsste man den Bau 3 m zurückversetzen, würde sich dies auf den Grundriss auswirken. Ebenfalls wären nachbarrechtliche Einigungen notwendig. Zudem müsste der betroffene Trakt des Alterszentrums ausquartiert werden, die Versorgungswege würden sich verlängern, etc. Alle diese Fakten hätten enorme Kosten zur Folge, weshalb davon abgesehen wurde, an der Ecke Parkallee/Dürrenmattweg zu bauen.

##### *8-stöckiger Bau?*

Ein solcher würde die Höhe von 20 m übersteigen, was zu Problemen hätte führen können.

##### *Spezialbewilligungen notwendig?*

Nein. In der Zwischenzeit hat die Baukommission den Gebäudegrundriss den neuen Bedürfnissen angepasst. Das Angebot von 199 Betten kann bei einer maximalen Gebäudehöhe von 20 m realisiert werden.

##### *Änderung Bau- und Strassenlinienplan auf Basis des bewilligten Strassennetzplanes (Fussweg)?*

Lediglich der Fussweg Durchstich Parkallee/Baselmattweg ist betroffen. Er wird im Strassennetzplan noch immer als Strasse behandelt, obwohl es sich effektiv um einen Fussweg handelt. Damit gelten Baulinien von 3 m links und rechts, die eingehalten werden müssen. Zur Zeit wird die Sachlage rechtlich geprüft. Dem Einwohnerrat wird ein entsprechender separater Bericht vorgelegt.

*Näherbaurecht zu den Guttemplern?*

Erste Verhandlungen wurden aufgenommen. Die Guttempler haben grundsätzliches Interesse am Näherbaurecht signalisiert. Beide Parzellen werden letztendlich durch die Mutation einen Mehrwert erfahren. Die Zusicherung der Guttempler liegt jedoch noch nicht schriftlich vor, weil erst das Vorprojekt läuft, bei dem jeweils noch keine detaillierten Pläne vorliegen.

**3. Tagesstätte für Betagte**

Die Tagesstätte wird mit Sicherheit in das Projekt einbezogen (s. Bericht S. 4). Sie wird also nur vorübergehend ihre Lokalität verlieren.

*Stehen der Tagesstätte unentgeltlich Räumlichkeiten zur Verfügung?*

Gemäss Einwohnerratsbeschluss vom 9. September 1998 wurden CHF 150'000 für die Tagesstätte bewilligt. Der Vertrag zwischen dem Verein Tagesstätte und dem Alterszentrum Am Bachgraben wird zu gegebener Zeit entsprechend überarbeitet werden müssen. Für die Bauphase des Projektes wird eine Lösung für die Unterbringung der Tagesstätte gesucht; die Kosten für diese Verlegung sind in den Baukosten enthalten.

**4. Altlasten**

Den zuständigen Behörden und dem Stiftungsrat ist bekannt, dass am geplanten Standort Altlasten vorhanden sein könnten. Grobuntersuchungen und Nachforschungen haben aber ergeben, dass nicht mit Altlasten gerechnet werden muss und somit keine Gefahr bestehen sollte.

**5. Behördliche Begleitkommission**

Dr. Anton Lauber kann eine behördliche Begleitkommission nicht gutheissen. Der Stiftungsrat ist paritätisch zusammengesetzt: 3 Allschwiler Gemeinderäte / Dr. H.P. Farner, Gemeindepräsident Schönenbuch / die Stiftungsgründerparteien FDP, SP, CVP mit je 3 Personen. Eine weitere Kontrollfunktion übernimmt der Kanton Basellandschaft. Anliegen aus der Bevölkerung können via Bauausschuss sowie via Stiftungsratsmitglieder jederzeit eingebracht werden.

**EINTRETENSDEBATTE**

**Alex Horisberger**, namens der FDP-Fraktion, bekundet Mühe mit der Tatsache, dass ein Geschäft von dieser Tragweite den Ratsmitgliedern erst 14 Tage vor der Beratung im Plenum zugestellt wird.

Der Bedarf für die Erweiterung des Alterszentrums scheint erwiesen und einleuchtend. Der Sprechende dankt für die umfassende und erfreuliche Beantwortung der Fragen seiner Fraktion.

Den Erläuterungen von Dr. Leo Zehnder zum Finanzplan 2003 – 2007 entnimmt er, dass der Gemeinderat vorerst von einer weiteren Steuererhöhung absieht.

Alex Horisberger dankt ebenfalls der Baukommission, die für zahlreiche Fragen kompetent zur Verfügung gestanden hat.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten.

**Dr. Lukas Rosenthaler**, namens der SP-Fraktion, ist für Eintreten auf dieses - sowohl finanziell wie auch inhaltlich - gewichtige Geschäft. Die Fraktion wird den gemeinderätlichen Antrag unterstützen.

**Felix Mensch**, namens der CVP/SVP-Fraktion: Die Fraktion wurde fundiert dokumentiert und spricht sich für Eintreten auf Geschäft 3343 aus. Er ist froh, dass der Gemeinderat eine Finanzierungsform gefunden hat, die den Finanzplan nicht zu sehr belastet.

**Bruno Steiger**, namens der SD-Fraktion, erachtet den Bericht 3343 als sehr fundiert. Der Sprechende dankt bei dieser Gelegenheit Herrn Karl Gerspacher, Präsident des Gewerbevereins Allschwil, der ebenfalls dazu beigetragen hat.

Bezüglich paritätischer Vertretung im Stiftungsrat regt Bruno Steiger an, im Interesse der Sache auch andere Ortsparteien einzubeziehen.

Die SD-Fraktion ist für Eintreten.

**://**: Eintreten auf Geschäft 3343 ist unbestritten.

## **DETAILBERATUNG**

### **I. Renovation und Erweiterung**

#### **1. Situation und Begründung**

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, erkundigt sich in Anbetracht der Bettenbedarf-Statistik, Seite 4, Aktueller Bedarf 2001 und Entwicklung bis 2020, ob nebst der Erweiterung und Renovation des Alterszentrums auch ein Neubau – welcher früher oder später sowieso nötig wird - in Betracht gezogen wurde. Gemäss den ausgewiesenen Zahlen benötigt Allschwil bis ins Jahr 2005 nochmals 61 Betten zusätzlich (bis 2020: 146 zusätzliche Betten).

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber**: Das Resultat der Studie „Aktueller Bedarf an Alters- und Pflegeheimplätzen im Kanton Basel-Landschaft und künftige Entwicklung“ des Verbandes Alters- und Pflegeheime (BAP) ist dramatisch dargestellt. Der Bericht des Gemeinderates 3343 geht von einem ausreichenden Bettenbedarf von +49 bis ins Jahr 2012 aus. Dies wird begründet mit dem zu erwartenden medizinischen Fortschritt und zunehmendem Angebot von spitalexternen Diensten. Deshalb hat man sich für eine Erweiterung der bestehenden Gebäude entschlossen. Ebenfalls ausschlaggebend war die optimale Nutzung der vorhandenen Parzelle sowie der bereits bestehenden Infrastruktur. Diese Lösung wird für die nächsten ca. 15 Jahre ausreichend sein. Dann wird, um den zusätzlichen Bedarf decken zu können, ein Neubau notwendig werden. Als Standort könnte das Areal Sturzenegger aufgrund seiner optimalen Lage in Frage.

Damit ein Alterszentrums-Neubau die Kosten/Nutzen-Analyse besteht, müssen ca. 70 Pflegeplätze realisiert werden. Aus diesem Grund ist zur Zeit eine Erweiterung des bestehenden Alterszentrums um +49 Pflegeplätze für den Allschwiler Bedarf die optimalste Lösung.

Die Anfrage von Ratsmitglied Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Mitarbeit im Stiftungsrat des Alterszentrums will **Dr. Anton Lauber** gerne prüfen.

### **2. Renovation / Erweiterung Alterszentrum „Am Bachgraben“ Allschwil Schönenbuch**

#### **2.1 Baubeschrieb**

Keine Wortmeldung.

#### **2.2 Raumprogramm Erweiterung**

Keine Wortmeldung.

#### **2.3 Approximative Baukosten**

**Robert Richner**, FDP-Fraktion: Gemäss den Ausführungen von Dr. Anton Lauber werden die Baukosten eher niedriger als höher eingeschätzt. Mit welchem Abweichungsrahmen wurde gerechnet? Wurde eine allfällige Baukostenteuerung berücksichtigt?

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber**: Die Baukostenteuerung wurde berücksichtigt.

Weil das Projekt noch in der Phase „Vorprojekt“ steckt, wird mit +/-20 % Kostenabweichung gerechnet. Erst wenn das baubewilligungsreife Projekt vorliegt, können genauere Schätzungen vorgenommen werden.

**Lucius Cueni**, SP-Fraktion: Der Erweiterungsbau ist auf einer aufgefüllten Grube geplant. Wurde eine Bodensanierung ebenfalls in die Kostenberechnungen aufgenommen?

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber**: Nein, weil nicht damit zu rechnen ist.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion: Falls doch noch eine Altlastensanierung notwendig würde, müsste dem Einwohnerrat ein Nachtragskredit vorgelegt werden. Würde sich der Kanton Basel-Landschaft auch an diesen Kosten beteiligen?

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber**: Der Kanton Basel-Landschaft erarbeitet zur Zeit ein Altlasten-Kataster. Die sogenannten „sanierungsbedürftigen“ Parzellen werden darin registriert. Dieses Altlasten-Kataster legt fest, wie allfällige Sanierungskosten aufgeteilt werden. In erster Linie obliegen die Sanierungskosten jedoch dem Betreiber, d.h. dem „Zustandsstörer“, was in diesem Fall das Alterszentrum Am Bachgraben wäre.

## 2.4 Finanzierungsmodell

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion: Dr. Anton Lauber hat ausgesagt, dass sich der Kosten-Verteilschlüssel leicht ändern kann. Dies betrifft auch die Kosten für die nicht-subventionierten Bau- und Einrichtungskosten. Seines Wissens ist im Dekret über die Alters- und Pflegeheime die Fremdkapitalisierung mit 30 % angegeben, beim vorliegenden Projekt sind es aber bereits 31,36 %. Welches sind die Auswirkungen dieser Überschreitung? Ist es nicht möglich, bereits in der Vorprojektphase den Verteilschlüssel definitiv festzulegen?

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber**: Das Dekret über die Alters- und Pflegeheime, § 3, Beitragshöhe, legt fest, dass sich der Kanton mit max. 45 % an den Kosten für die beitragsberechtigten Heime beteiligt (Erstellung, Einrichtung sowie Um- und Erweiterungsbauten).

Der Fremdfinanzierungsgrad von 31,36 % wurde vom KIGA geprüft und eine entsprechende Verfügung liegt vor.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Wie sind die 15 Jahre Dauer für Amortisation und Verzinsung entstanden?

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber**: Ausschlaggebend war die Überlegung, dass zum Zeitpunkt eines Neubaus die Schulden für den Erweiterungsbau getilgt sein sollen. Ab Jahr 2015 muss ein Neubau ins Auge gefasst werden.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion, bemerkt, dass bezüglich Neubau vom Jahr 2012 die Rede war.

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber** bestätigt diese Aussage, hält jedoch fest, dass es sich hierbei um eine Schätzung handelt.

**Jürg Gass**, SP-Fraktion, erkundigt sich, ob die Fluglärm-Grenzwerte auf dem Areal für den Erweiterungsbau nicht überschritten werden.

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber**: Weil es sich um eine erschlossene Parzelle handelt, gilt der Immissionsgrenzwert, welcher erst zum Zeitpunkt der Baubewilligung geprüft wird.

## 3. Terminprogramm

Keine Wortmeldung.

## 4. Bedarfsnachweis / Gesamtwertung

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Als möglicher Neubau-Standort wurde das Areal Sturzenegger genannt. Hat sich der Gemeinderat auch überlegt, ob der ehemalige Polizeiposten, Gebäude Baslerstrasse 247, als neues Zentrum für Spitex, Tagesstätte etc. in Frage kommen könnte? Damit würde der jetzt durch diese Organisationen belegte Raum im Alterszentrum Am Bachgraben frei.

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber**: Ja, diese Idee wurde bereits aufgenommen und Lösungen werden zur Zeit entwickelt. Gespräche mit den Organisationen Spitex, Tagesstätte, Betagtenhilfe sind in Gang, um ein Kompetenzzentrum „Alter“ zu schaffen.



Das Areal Sturzenegger hat als Neubau-Standort den Vorteil, dass die Landkosten wegfallen, weil es bereits in Gemeindebesitz ist. Jedoch werden noch weitere gute und finanzierbare Ideen geprüft, bis der Neubau aktuell wird.

## II. Mutation des Bau- und Strassenlinienplanes Baselmattweg

Keine Wortmeldung.

## III. Projekt-Informationen

Keine Wortmeldung.

## IV. Anträge

**Mark Aellen**, SP-Fraktion, stellt den formellen Antrag, die Dauer der Verzinsung und Amortisation des Restkredites auf 10 Jahre (anstatt 15 Jahre) zu reduzieren.

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber** bittet um Ablehnung dieses Antrags. Zum Einen ist der zukünftige Bedarf an Pflegebetten nur sehr schwer abzuschätzen. Zudem gibt er die finanzielle Situation der Gemeinde zu bedenken. Ziel war es, im Finanzplan die Belastung der laufenden Rechnung in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Der Um- und Erweiterungsbau des Alterszentrums ist eine kommunale Aufgabe, die im Finanzplan eingebettet werden kann, ohne dass andere ebenfalls wichtige Aufgaben zurückgestellt werden müssen.

**:::** Mit 22:7 Stimmen wird die gemeinderätliche Variante für 15 Jahre gutgeheissen.

Anträge gemäss Bericht des Gemeinderates, Geschäft 3343, Seite 9:

**:::**

1. Mit 31:0 Stimmen wird für die Renovation und Erweiterung des Alterszentrum ‚Am Bachgraben‘ Allschwil / Schönenbuch ein Verpflichtungskredit von CHF 3'000'000 sowie ein Finanzierungskredit von jährlich CHF 270'000 auf die Dauer von 15 Jahren für die Beschaffung (Verzinsung und Amortisationen des erforderlichen Restkredites in Höhe von CHF 3'400'000) bewilligt.

2. Mit 31:0 Stimmen wird gestützt auf § 12 der Gemeindeordnung Allschwil der Beschluss des Einwohnerrates gemäss Ziffer 1 am 22. September 2002 den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.

212      11.100      Raumplanung/Zonenplanung

### **2. Bericht des Gemeinderates betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 90'000 für die Durchführung eines Architekturwettbewerbes über das Areal „d'Aujourd'hui (Baslerstrasse 63)“ (Doppelkindergarten und Wohnen), Geschäft 3346**

---

*Der schriftliche Bericht 3346 bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.*

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**:

Das wichtigste Erkenntnis der Untersuchung durch die einwohnerrätliche Geschäftsprüfungskommission betreffend „Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Liegenschaften“, Geschäft 3331, war, dass die kommunalen Parzellen im Baugebiet optimal genutzt werden müssen. Der Einwohnerrat hat den entsprechenden Bericht anlässlich der Plenarsitzung vom 17. April 2002 wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Das vorliegende Geschäft 3346 - wie auch das folgende Geschäft 3345 - sind erste Schritte in diese Richtung.

Beim Areal d'Aujourd'hui handelt es sich um eine kleine Parzelle, die mit der Auflage verknüpft ist, das bestehende Wohnhaus noch 15 Jahre zu erhalten. In die Planung soll der Neubau eines Kindergartens einbezogen werden, welcher den bestehenden Doppel-Kindergarten Pestalozzi ersetzen soll.

Die Idee, für die Überbauung der relativ kleinen Parzelle einen Architekturwettbewerb durchzuführen, ist entstanden, weil ein Wettbewerb eine viel grössere und interessantere Palette an Projektideen hervorbringt, als wenn der Auftrag zwei bis drei Architekten direkt vergeben wird.

## EINTRETENSDEBATTE

**Hanspeter Frey**, namens der FDP-Fraktion, beantragt Nicht-Eintreten auf Geschäft 3346. Grösse und Lage des Areals d'Aujourd'hui sind nicht derart speziell, dass ein Architekturwettbewerb gerechtfertigt wäre. Zudem besteht durch die Auflage, das Wohnhaus zu erhalten, und durch die Gegebenheiten auf den angrenzenden Parzellen kein grosser Planungsspielraum. Die Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass die Parzelle einem Investor im Baurecht abgegeben und damit klare Bedingungen formuliert werden könnten. Für diese Art der Planung würde auch der zeitliche Vorteil sprechen.

Falls der Gemeinderat nun aber doch beabsichtigt, die Planung nicht fremd zu vergeben, attestiert die FDP-Fraktion der Hauptabteilung Hochbau/Raumplanung die Fähigkeit, das Projekt selber zu planen.

**Jakob Vogt-Pauluzzi**, namens der CVP/SVP-Fraktion, unterstützt das Votum von Hanspeter Frey und gibt ebenfalls Nicht-Eintreten bekannt. Der beantragte Kredit steht in keinem Verhältnis zum Vorhaben. Der Gemeinderat wird ersucht, für die Ueberbauung des Areals d'Aujourd'hui einen Investor zu suchen und die Parzelle im Baurecht abzugeben. Das Geschäft 3346 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

**Bruno Steiger**, namens der SD-Fraktion, unterstützt zwar das Projekt d'Aujourd'hui, lehnt jedoch den dafür vorgesehenen Architekturwettbewerb ab. Er befürwortet die Möglichkeit, dass die Hauptabteilung Hochbau/Raumplanung die Projektierung übernimmt.

**Christoph Morat**, namens der SP-Fraktion, gibt Eintreten auf Geschäft 3346 bekannt. Die Ausarbeitung des Projektes durch die Hauptabteilung Hochbau/Raumplanung wäre zeitintensiv und verursacht ebenfalls Kosten. Als Alternative käme allenfalls eine Arbeitsgruppe in Frage, welche aber ebenfalls Ressourcen binden würde. Im Weiteren gibt er zu überlegen, dass auf dem Areal d'Aujourd'hui nicht nur Wohnungen realisiert werden könnten, sondern auch die heute Abend bereits erwähnten Zentren für Familien und für das Alter.

Gemeinderat **Roman Meury** fühlt sich geehrt, das Projekt in seiner Hauptabteilung durchführen zu dürfen. Diese Möglichkeit besteht und die notwendigen Kapazitäten sind vorhanden. Die Vorarbeiten für den Wettbewerb sind hauptabteilungsintern bereits vorhanden und das Projekt wird im Sinne der gefallenen Voten in Angriff genommen.

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, geht nicht davon aus, dass die Gemeinde die Ueberbauung des Areals d'Aujourd'hui selber realisieren wird. Deshalb soll auch von der Planung abgesehen werden. Es sollen lediglich Auflagen für mögliche Investoren erlassen werden, was auf dem Areal realisiert werden soll (z.B. Kindergarten). Die Gemeinde soll das Land im Baurecht abtreten und somit dem Investor die Möglichkeit geben, nach seinen Wünschen planen und realisieren zu können. Die Gemeinde profitiert in diesem Fall von einem Baurechtszins. Ein Verkauf der Parzelle kommt für Felix Mensch nicht in Frage. Er plädiert ebenfalls für Rückweisung des Berichts 3346.

**Kurt Kneier**, CVP/SVP-Fraktion, bezieht sich auf den im Bericht 3346 auf S. 3 geschätzten Baurechtszins von CHF 85'500 bis CHF 105'500. Diesen erachtet er als sehr hoch und macht darauf aufmerksam, dass ein solcher wahrscheinlich nicht erzielt werden kann.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, gibt zu bedenken, dass es schwierig sein wird, einen Investor zu finden, der einen Kindergarten in die Planung einbeziehen will. Wer wohnt schon gerne in der Nähe eines Kindergartens? Die Investor-Suche wird sich aufgrund dieser Auflage schwierig gestalten.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, erkundigt sich, ob zusammen mit der Nachbarparzelle, die im Besitz der römisch-katholischen Kirche ist (Brucker-Haus), eine Grünzone geschaffen werden könnte. Er erinnert sich, dass beim Erwerb des Areals d'Aujourd'hui davon die Rede war.

Gemeinderat **Roman Meury** zum Votum von Kurt Kneier: Die berechneten Baurechtszins-Einnahmen beziehen sich auf die freiwerdende Parzelle B 156 Pestalozzigässli. Bezüglich Votum von Christoph Morat hält er fest, dass auch beim Quartierplan Sandweg ein Kindergarten in die Planung einbezogen werden musste und diese Situation nicht zu Diskussionen geführt hat. Trotzdem kann eine attraktive Ueberbauung entstehen. Zum Votum von Jean-Jacques Winter: Die Meinung war nicht, eine grüne Ueberbauung zu schaffen, sondern einen Bau mit einer grösseren Grundfläche zu realisieren. Deshalb wurde Kontakt mit dem Besitzer der Nachbarparzelle aufgenommen. Dieser hatte die Mitwirkung damals abgelehnt. Diese Situation kann sich heute wieder geändert haben. Eine erneute Abklärung kommt in Frage und ist auch zeitlich noch machbar.

**//:**

Mit 21:7 Stimmen wird Nichteintreten auf den Bericht des Gemeinderates betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 90'000 für die Durchführung eines Architekturwettbewerbes über das Areal ‚d'Aujourd'hui‘ (Baslerstrasse 63) (Doppelkindergarten und Wohnen) beschlossen.

213 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**3. Bericht des Gemeinderates betreffend  
Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 250'000 für  
die Durchführung eines Architekturwettbewerbes über das Areal  
"Wegmatten II" (Dienstleistungen und Wohnen), Geschäft 3345**

---

*Der schriftliche Bericht 3345 bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.*

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**:

Der zur Diskussion stehende Architekturwettbewerb für das Areal Wegmatten II betrifft eine weitaus grössere Fläche als diejenige des Areals d'Aujourd'hui. Wichtig dabei ist, dass die im Bericht 3345 enthaltenen Überlegungen in den Gesamtzusammenhang mit der Realisierung des Zentrums 2000 gestellt werden. Dieses besteht aus Gemeindezentrum, Saalbau, Feuerwehrgebäude und einer Zweifachturnhalle.

Feuerwehrgebäude: Dieses wird bis auf Weiteres am heutigen Standort Baslerstrasse 101a bleiben, vor allem aufgrund des vom Einwohnerrat geforderten Feuerwehrkonzeptes. Bereits sicher ist, dass für die Zukunft ein komplett neuer Standort für das Magazin gefunden werden muss.

Zweifachturnhalle: Das im Projekt „Zentrum 2000“ beschriebene Gebäude wird von der Gemeinde Allschwil nicht realisiert, weil die Sekundarschulbauten an den Kanton BL übergehen und damit auch der Turnhallen-Bedarf Sache des neuen Eigentümers ist.

Saalbau: Das Projekt Wegmatten I/Coop ist zur Zeit in Arbeit. Die Vorprüfung durch den Kanton ist per 6.5.02 erfolgt. Die Anregungen und Vorbehalte werden derzeit von der Hauptabteilung Hochbau/Raumplanung bearbeitet. In der Folge wird ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Nach der Sommerpause wird der entsprechende Bericht an den Einwohnerrat im Gemeinderat beraten und anschliessend dem Einwohnerrat unterbreitet.

Das heute zur Beratung anstehende Projekt Wegmatten II ist unabhängig vom Entscheid bezüglich Wegmatten I, Saalbau, zu betrachten. Dies, weil der Saalbau historisch davon getrennt ist durch die Tatsache, dass er Bestandteil des Zentrums 2000 ist. Aber auch, weil der Saalbau - so wie er im Projekt Wegmatten I/Coop jetzt platziert ist - damit bestimmt am richtigen Ort bezüglich Verkehr, Benutzer/innen etc. steht. Damit ist auch klar, dass die Planung der verbleibenden unüberbauten Fläche (Familiengärten und Sportplatz) unabhängig vom Entscheid pro oder contra Wegmatten I erfolgen kann; unabhängig vom Zeitpunkt: Der Einwohnerratsentscheid wird ca. Ende 2003 vorliegen. Sodann könnte mit der Realisierung angefangen werden, unabhängig davon, ob der vordere Teil nochmals geplant werden muss oder nicht; unabhängig auch von der architektonischen Gestaltung: Wegmatten I/Coop soll nach hinten offen gestaltet und einladend sein. Dies soll umgekehrt auch für das Projekt Wegmatten II gelten, so dass sich die beiden Überbauungen gegenseitig nicht einschränken. Mit der Zustimmung zum vorliegenden Kredit für einen Architekturwettbewerb über das Areal Wegmatten II wird der Einwohnerrat ein klares Zeichen setzen, dass:

- die gemeindeeigenen Baulandreserven einer besseren Bewirtschaftung zugeführt werden;
- die Studien-Ideen Plattner Schulz Partner AG verwirklicht werden (Schaffung von neuem Wohnraum);
- die finanzielle Situation der Gemeinde angepackt resp. neue Einnahmequellen gesucht werden
- ein architektonischer Beitrag an ein neues städtebauliches Zentrum von Allschwil geleistet wird.

Roman Meury bittet den Rat um Eintreten auf Geschäft 3345.

## EINTRETENSDEBATTE

**Hanspeter Frey**, namens der FDP-Fraktion, gibt Zustimmung zum Eintreten auf Geschäft 3345 bekannt, kündigt jedoch gleichzeitig einen Rückweisungsantrag an.

Als gemeinsame Ziele nennt er die Gestaltung eines attraktiven Allschwils und gesunde Gemeindefinanzen. Ein Etappenziel ist gemäss der FDP-Fraktion das Gesamtprojekt Wegmatten. Die Wege dahin sind unterschiedlich; die Fraktion erachtet eine Vorberatung durch die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen als pragmatisches Vorgehen. Dadurch wird das Projekt Wegmatten breiter abgestützt und kann gleichzeitig eine breitere Zustimmung finden.

Die Fläche des Gesamtprojektes Wegmatten schätzt der Sprechende auf ca. 32'000 m<sup>2</sup>, das Teilprojekt Wegmatten II umfasst 19'100 m<sup>2</sup>. Diese Parzellengrösse rechtfertigt einen Architekturwettbewerb; städtebauliche Akzente können gesetzt werden.

Den im Bericht genannten Architekturwettbewerb mit integrierter Investorenevaluation erachtet die Fraktion als zu grosses Risiko, weil das Areal in jedem Fall umgezont werden muss, entweder von der OeW- in die W3-Zone oder mittels Quartierplan. Beim Lesen des Berichtes 3345 ergeben sich auch noch weitere Fragen, die aus Zeitgründen nicht hier im Plenum erörtert werden können. Zum Beispiel ist nicht klar ersichtlich, um welche Wettbewerbsform es sich handelt.

Durch die Vorberatung der VPK – welche lediglich eine zeitliche Verzögerung von ca. 3 Monaten verursachen wird - können alle Hindernisse diskutiert und ausgeräumt werden, bevor der Bericht nochmals im Plenum beraten wird.

Gemäss Geschäftsreglement Einwohnerrat beantragt Hanspeter Frey die Rückweisung des Geschäftes 3345 an den Gemeinderat.

Der Vorsitzende **Beat Meyer** berichtet, dass es sich um einen Ordnungsantrag gemäss § 72 Abs. 1 lit. b) Ueberweisung des Geschäftes an eine Kommission handelt. Alle folgenden Voten sollen sich lediglich auf den Antrag beziehen, und nicht mehr auf das Eintreten.

**- TIME OUT -**

**Dr. Lukas Rosenthaler, SP-Fraktion**, teilt mit, dass eine Mehrheit seiner Fraktion den Ordnungsantrag ablehnt. Der Entscheid soll nicht verzögert, sondern heute Abend gefällt werden.

**Steve Brügger**, namens der CVP/SVP-Fraktion, unterstützt den Ordnungsantrag der FDP-Fraktion. Wichtig dabei ist, dass die Vorberatung durch die VPK wie in Aussicht gestellt bis September 2002 abgeschlossen ist. Das Gesamtprojekt erachtet der Sprechende als zukunftsweisend und gewinnbringend für alle Involvierten. Er bedauert, dass der Gemeinderat in seinem Bericht von unabhängigen Planungen Wegmatten I und II spricht, denn nur eine gemeinsame Planung mache Sinn und könne das beste Resultat erzielen.

**Bruno Steiger**, namens der SD-Fraktion, unterstützt die Haltung des Gemeinderates, die beiden Projekte Wegmatten I und II zu trennen. Angesichts der Grösse des Projektes stimmt er der Vorberatung durch die VPK zu und unterstützt den Ordnungsantrag.

**Christoph Morath**, SP-Fraktion, hält den Ordnungsantrag für eine Verzögerungstaktik und befürchtet, dass die Vorberatung aufgrund der Sommerpause länger dauern wird als bis September. Er plädiert für Nicht-Eintreten auf den Ordnungsantrag.

**://:**

Mit 20:9 Stimmen wird das Geschäft Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 250'000 für die Durchführung eines Architekturwettbewerbes über das Areal ‚Wegmatten II‘ (Dienstleistungen und Wohnen) zur Vorberatung an die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen überwiesen.

## FRAGESTUNDE

*Schriftlich eingegangene Fragen:*

**Christoph Morat, SP-Fraktion:**

211      04.030      Real- und Sekundarschule

**Übernahme der Sekundar-Schulhäuser durch den Kanton:  
Wie ist der Gebäudezustand?**

---

*Die detaillierte schriftliche Fragestellung bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.*

Departementsvorsteher Hochbau / Raumplanung, **Roman Meury**, entgegnet die zitierten Aussagen der Basler Zeitung vom 7. Mai 2002. Er macht deutlich, dass die Gemeinde die Schulhäuser, die beim Kanton für die Übernahme in Frage kommen, bestmöglichst gewartet hat und der Kanton in Allschwil in den Genuss von intakten Gebäuden kommt.

Die Landratsvorlage 2002-113 vom 30.4.2002 beschreibt das Übernahmeverfahren im Detail.

Beantwortung der Fragen:

1. Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Zustand der Schulhäuser und hat eine entsprechende Dokumentation erstellt. Diese wurde im Zusammenhang mit den Investitionskosten für die Sanierung der Schulhausbauten bereits erwähnt. Die gemeindeeigenen Bauten wurden im Detail erfasst und zu behebbende Mängel festgehalten.
2. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nicht möglich festzustellen, ob es eher ein Bonus oder ein Malus wird. Grundsätzlich geht man nicht von einem Malus aus.
3. Die Sekundarschulbauten sind gut unterhalten, dabei wurde nicht gespart. Die Gebäude-Bewirtschaftung ist professionell und wird laufend verbessert. Dabei wird ein Facility Management angewendet.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen.

*Mündliche Fragen:*

**Lucius Cueni**, SP-Fraktion:

212      06.095      Hunde-/Reittierkontrolle

**Im Allschwiler Wald gilt vom April bis Juli die Leinenpflicht für Hunde.  
Wie häufig werden Kontrollen durchgeführt und wer führt diese aus?**

---

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste / Sicherheit, **Nicole Nüssli**:

Der Leinenzwang wird regelmässig durch zwei Flurpolizisten, aber auch durch die Gemeindepolizei, kontrolliert. Die Kontrollen haben ergeben, dass im Allschwiler Wald keine Probleme mit Hunden, resp. dem Leinenzwang, bestehen.

**Margaret Wagner**, SP-Fraktion:

**Wie häufig werden Kontrollen bezüglich Leinenzwang durchgeführt?**

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste / Sicherheit, **Nicole Nüssli**:

Der Gemeinderat hat die Thematik „Leinenzwang für Hunde“ im Hinblick auf den Beginn am 1. April überprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die Beschilderung im Allschwiler Wald ausreicht. Es besteht keine Notwendigkeit, zusätzliche Schilder zu installieren.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** betreffend Kontrollen:

Die beiden Flurpolizisten sind mit einem Pensum von ca. 20 Stunden pro Monat im Allschwiler Wald unterwegs. Die Gemeinde Allschwil ist bekannt als Gemeinde, die scharfe Kontrollen durchführt. Es gibt nur wenige Hundehalter/innen, welche die Leinenpflicht umgehen.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion:

213      07.011      Finanzplan/Jahreskontoblätter

**Motion ‚Zur Kenntnis Bringung des Finanzplanes (VOR § 28 Absatz 2)‘  
Geschäft 3266 vom 13.12.2000: Wie ist der aktuelle Stand?**

---

Departementsvorsteher Finanzen, **Dr. Leo Zehnder**:

Der Gemeinderat hat beabsichtigt, im Laufe dieses Jahres den Bericht zum Postulat 3266 dem Einwohnerrat zu unterbreiten. Prinzipiell ist auch der Gemeinderat der Meinung, dass der Finanzplan zusammen mit dem Rechnungsabschluss und dem Budget überarbeitet wird. Er ist aber noch nicht in der Lage, dem Einwohnerrat einen Turnus vorzuschlagen, der aufgrund längerer Erfahrung greifen könnte. Aus diesem Grund bittet der Finanzvorsteher den Einwohnerrat noch um etwas Geduld. Wenn sich aufgrund der jetzigen Situation und des Budgets 2002 ein sinnvoller Turnus herauskristallisiert, welcher den Vorstellungen des Einwohnerrates entspricht, wird der Gemeinderat gerne den entsprechenden Bericht an den Einwohnerrat unterbreiten.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion:

214 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

**Welche Bedeutung haben die gelben Bodenmarkierungen am Lindenplatz, speziell diejenigen vor dem Migros und der Post?**

---

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste / Sicherheit, **Nicole Nüssli**:

Sie kann diese Frage nicht beantworten. Sie wird dies abklären und bei der nächstbietenden Gelegenheit beantworten.

215 13.100 Abfallbewirtschaftung

**Ehemalige Kompostieranlage auf dem Werkhof Hagmatt; Bodenverdichtung und unangenehme Geruchsbildung**

---

**Jakob Vogt-Pauluzzi**, CVP/SVP-Fraktion:

Durch die jahreszeitbedingte Wärme nisten wieder vermehrt Insekten in den Wasserlachen des verdichteten Bodens. Diese Wasserlachen sollten abgepumpt werden, um unangenehme Geruchsbildung zu verhindern. Anlässlich der Fragestunde vom 14.11.01 hat er die Situation bereits einmal moniert.

Departementsvorsteher Tiefbau / Umwelt, **Paul Schüpbach**:

In der Zwischenzeit wurde die Kompostieranlage entfernt. Von der Bodenverdichtung hatte Gemeinderat Schüpbach keine Kenntnis. Er wird das Departement Tiefbau/Raumplanung beauftragen, eine Schicht Erde abzutragen und durch Kies zu ersetzen. Ein Kanalisationseinbau ist aus Kostengründen im Moment nicht möglich.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion:

216 01.117 Amtliches Publikationsorgan "Allschwiler Wochenblatt"

**Neues Layout des Allschwiler Wochenblattes; Kostenfolge?**

---

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**:

Das Allschwiler Wochenblatt ist keine Gemeindezeitung, sondern gehört der Allschwiler Wochenblatt AG, die wiederum der Basler Mediengruppe angehört. Ziel der Basler Mediengruppe war es, alle kommunalen Informationsblätter einheitlich zu gestalten. Die Initiative ging nicht von der Gemeinde Allschwil aus.

Der Gemeinderat hätte gerne die „alte“ Form des Wochenblattes beibehalten und auf der Titelseite wichtige Informationen an die Bevölkerung weitergegeben.

Neu sind die Gemeinderats-Informationen im hinteren Teil des AWB platziert. Dadurch wurde das Informationsorgan kostengünstiger, nämlich CHF 55'000 anstatt CHF 70'000 wie bis anhin. Diese Kosten sind vergleichsweise tief.

**Jean-Jacques Winter** erkundigt sich weiter, welche Leistungen die CHF 55'000 beinhalten?

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**:

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. Mai 2002

Die Gemeinde bezahlt diesen Betrag, weil sich die Redaktion des AWB als Gegenleistung verpflichtet, 22 AWB-Gemeindeausgaben pro Jahr zu produzieren, welche gratis an sämtliche Allschwiler Haushaltungen verteilt werden.

Alle übrigen im AWB publizierten Artikel, wie z.B. Kircheninformationen, Parteibeiträge, etc. werden von der AWB AG getragen und stehen nicht im Zusammenhang mit der Verwaltung.

**Ivo Corvini**, CVP-Fraktion:

217 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

**Villa Guggenheim: Vermietung an die Firma Panalpina; Wie hoch sind die Renovationskosten und wie hoch die Mietzinseinnahmen?**

---

Departementsvorsteher Hochbau / Raumplanung, **Roman Meury**:

Die Gebäuderenovation, welche die Firma Panalpina ausführte, beschränkt sich auf den Innenausbau. Gewisse Sanierungsarbeiten an der Aussenhaut haben nicht oder noch nicht stattgefunden, insbesondere betrifft dies die Fenster sowie die Fassade. Im Weiteren wurde die sanierungsbedürftige Heizung noch nicht ersetzt.

Der Mietzins beträgt zwischen CHF 40'000 – CHF 140'000 pro Jahr. Wegen der von der Panalpina geleisteten Investitionen für die Renovation des Gebäudes wurde eine Staffelung des Mietzinses auf 5 Jahre vereinbart. Die Staffelung des Mietzinses beinhaltet die Investitionskosten und sind nach 5 Jahren definitiv abgegolten.

Für die Sanierung der alten Gemeindeverwaltung wurde im Finanzplan ehemals mit CHF 450'000 budgetiert. Die Aufwendungen der Panalpina bewegen sich ebenfalls in diesem Bereich.

**Alex Horisberger**, FDP-Fraktion:

218 12.200 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Planung und Bau

**Postulat 1330 vom 27.4.1987, Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, „Förderung der Verbundenheit zur Natur und zu Allschwil“: Pflanzte auch heute noch jede erste Primarklasse einen Baum?**

---

Departementsvorsteher Tiefbau / Umwelt, **Paul Schüpbach**:

Ja, jedoch wurde mangels Standorte rasch darauf übergegangen, dass nur jeder Jahrgang einen Baum pflanzt, der mit einem entsprechenden Schild versehen ist. Dies wurde bis 1997 so gehandhabt. Sofern weitere günstige Standorte auf Allschwiler Boden vorhanden sind, wird diesem Postulat weiterhin nachgelebt.

**Alex Horisberger**, FDP-Fraktion:

219 04.050 Erziehungsberatung/Schulpsychologischer Dienst

**Postulat 3183 vom 8.9.1999, Susanne Altermatt Bill, namens der SP/Kaktus-Fraktion, „Erweiterung des Pensums Psychologin/ Psychologin Erziehungsberatung und Schulpsychologischer Dienst“ Wie ist der Stand der Verhandlungen mit dem Kanton Baselland betreffend Erhöhung Staatsbeitrag?**



Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** (antwortet anstelle der abwesenden Departementsvorsteherin Bildung – Erziehung – Kultur, Beatrice Fuchs):

Entsprechende Verhandlungen wurden aufgenommen. Der Einwohnerrat wird baldmöglichst über das Resultat informiert.